



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

32. Sitzung (öffentlich)

3. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlagen 13/2361 und 13/2375

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Einführung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nimmt jeweils einen Einführungsbericht durch Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel und Staatssekretärin Christiane Friedrich entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb 8

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3 Europäische Dimension in der Schulbildung stärken - Nordrhein-Westfalen braucht mehr "Europaschulen" mit einem einheitlichen europäischen Qualitätsprofil 11

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4427

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch zu diesem Thema durchzuführen.

4 Stand der GATS-Verhandlungen 15

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Vertreter der Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5 Situation der Ölförderung im Amazonasgebiet von Ecuador 19

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretärin Christiane Friedrich entgegen und führt darüber eine Aussprache.

6 Verschiedenes 25

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Vorsitzende Ute Koczy** mit, dass Herr Wegner (Referatsleiter Europa- und Eine-Welt-Politik) seit Mitte November in den Vorruhestand getreten sei. Es sei sein Wunsch gewesen, im Ausschuss keine besonderen Vorkommnisse stattfinden zu lassen. Nichtsdestotrotz schlage sie vor, ihm eine Grußkarte zuzusenden.

Herr Minister Kuschke habe sie gestern wissen lassen, dass er kurzfristig einen wichtigen Termin des Ministerpräsidenten wahrnehmen müsse. Er bitte seine Abwesenheit zu entschuldigen. Für die heutigen Beratungen sei Frau Staatssekretärin Prof. Dr. Meckel als Vertreterin der Staatskanzlei anwesend. Ähnliches gelte für Frau Ministerin Höhn, die sich auf Auslandsdienstreife befinde. Frau Staatssekretärin Friedrich werde ihre Aufgabe übernehmen.

Abschließend macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass über den Antrag der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 3 nicht in der heutigen Sitzung, sondern erst in der Sitzung am 14. Januar 2004 abgestimmt werde.

Auf eine Frage von **Dr. Stefan Berger (CDU)** antwortet **Vorsitzende Ute Koczy**, die Gründe dafür seien, dass in der Regel nicht über einen Antrag abgestimmt werde, wenn in der gleichen Sitzung dazu eine Berichterstattung der Landesregierung stattgefunden habe. Des Weiteren gebe es noch Beratungsbedarf vor dem Hintergrund, dass die Federführung gewechselt habe.

Die Vorsitzende schlägt vor, in der Sitzung am 7. Januar 2004 lediglich über den Haushalt zu beraten und am 14. Januar 2004 eine reguläre Ausschusssitzung stattfinden zu lassen. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

1 **Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlagen 13/2361 und 13/2375

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Einführung durch die Landesregierung

StS'in Dr. Miriam Meckel (StK) trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin gerne bereit, in die Zahlen zum Haushalt 2004/2005 des Einzelplans 02 einzuführen.

Es gibt ja - das ist hinreichend bekannt - den ersten Doppelhaushalt, der durchaus schwierige, gleichwohl jedoch konstruktive Haushaltshandlungen vorausgesetzt hat und der uns für zwei Jahre Planungssicherheit und die entsprechenden Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Trotzdem ist natürlich nicht zu verschweigen, dass wir eine ganze Reihe von schmerzhaften Einschnitten verkraften müssen, und zwar in allen Ressortbereichen, aber natürlich betrifft das auch den Bereich "Europa und Internationale Angelegenheiten". Wir haben dies nach politischer Prioritätensetzung in der Vorlage entsprechend gehandhabt. Dabei sind einige Themen zu nennen, auf die ich gleich im Einzelnen zu sprechen kommen möchte, die ich aber im Vorhinein benennen möchte. Beispielsweise sind das das Deutschland-Jahr in Japan im Jahre 2005, die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten, die Erweiterung der Europäischen Union um die zehn Beitrittsländer und der Verfassungsprozess für Europa. Das sind Herausforderungen, die sich in der Politik niederschlagen müssen und sollen, und entsprechend finden sie sich auch in der Haushaltsvorlage wieder.

Die Landesregierung wird in den Jahren 2004 und 2005 den Prozess des proaktiven Vorgehens in Brüssel fortsetzen, also den so genannten pro-aktiven Ansatz, den Sie bereits kennen. Das bedeutet, wir müssen uns damit auseinandersetzen, die wichtigen Themen, die in Brüssel angedacht und vorgedacht werden, in unsere politischen Planungen einzubeziehen. Dazu gehört, dass wir derzeit die Arbeitsprogramme von Kommission und Rat auswerten, dass wir das in einem zweiteiligen Workshop in Brüssel entsprechend in Vorschläge zur europapolitischen Positionierung umsetzen werden und dass dazu ein Kabinettsbeschluss erfolgen wird bei der Kabinettsitzung in Brüssel im Februar des kommenden Jahres. Das wird das gesamte Arbeitsprogramm für 2004 umfassen.

Ich möchte auch auf das Personalentwicklungskonzept des Landes hinweisen, das zur besseren Positionierung von NRW in Europa beitragen soll und auch bereits beiträgt. Wir wollen natürlich noch den Einsatz von Bediensteten des Landes in europäischen und internationalen Institutionen verstärken, weil so natürlich die Interessen Nordrhein-Westfalens in den Gremien besser und stärker beachtet werden.

Die in 2003 begonnene schrittweise Ausweitung der für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Stellen, also plus drei Stellen, nämlich von neun auf zwölf, wird fortgesetzt und im Jahre 2004 vollendet. Dann wird das Ziel erreicht werden, das wir uns gesetzt haben, nämlich 18 Stellen. Das werden wir auch im Jahre 2005 entsprechend stabilisieren.

Die internationale Zusammenarbeit mit europäischen und außereuropäischen Ländern und Regionen wird ebenfalls ein weiterer Handlungsschwerpunkt vor allem im Bereich Internationales sein, und zwar auf Basis von Kooperationsmaßnahmen und regionalen Kooperationsabkommen, die wir fortsetzen und intensivieren werden.

Meine Damen und Herren, ich würde nun gerne einige Details zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2004/2005 geben. Der Gesamtansatz des Kapitels 02 030 im Jahre 2004 beläuft sich auf 3.311.700 €. Das bedeutet gegenüber 2003 eine Kürzung um etwa 20 %. Im Haushaltsjahr 2005 beläuft sich der Gesamtansatz auf 3.958.800 €, was eine Steigerung gegenüber 2004 bedeutet. Das möchte ich herausstreichen, weil damit das Signal gegeben wird, dass wir uns in der Entwicklung dynamisch nach vorne bewegen wollen. Das hängt natürlich auch mit größeren Projekten wie mit dem Deutschland-Jahr in Japan zusammen.

Insgesamt bleibt natürlich nicht verborgen, dass in den vergangenen Jahren die Ansätze kontinuierlich reduziert werden mussten. Dieser Rückgang, von dem ich spreche, betrifft und betraf vornehmlich den Bereich Internationales. Das ist ohne Zweifel ein schmerzlicher Prozess, weil wir auch im Hinblick auf unsere Wirtschaftskraft und Exportleistungen in Nordrhein-Westfalen darauf angewiesen sind, eine entsprechende politische Sekundierung zu leisten. Dennoch glauben wir, dass das, was hier vorliegt, durchaus vernünftig und vertretbar ist, weil wir internationale Aktivitäten und Kooperationen konzentrieren und koordinieren wollen, weil wir bald sehr konkrete Zielsetzungen auch im Rahmen unseres internationalen Leitbildes vorlegen werden, auf deren Basis ein sehr konzentrierter Mitteleinsatz vonstatten gehen kann, und weil wir natürlich auch mit anderen Regionen stärkere Kooperationen eingehen, die eine effizientere und zum Teil geringere Mittelausschöpfung für den nordrhein-westfälischen Teil mit sich bringen.

Wir mussten wie in den Vorjahren im Kapitel 02 030 einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, ebenso wie dies in allen anderen Kapiteln auch der Fall ist. Ich will deutlich sagen, dass wir aus unserer Sicht damit nahezu eine Schmerzgrenze erreicht haben, sodass weitere Kürzungen schwerlich vorstellbar sind.

Wir haben die disponiblen Ansätze, zu denen ja leider fast alle Ansätze im Europabereich gehören, grundsätzlich spürbar gekürzt. Den notwendigen neuen Bedarf zur Aufgabenerfüllung der Personalstelle für internationale Entsendungen, also PIE, haben wir durch Kompensation bei anderen Titeln des Kapitels gedeckt. Darüber hinaus wurden durch Beschluss der Landesregierung die Zuschüsse zu den institutionellen Förderungen generell um je 20 % jährlich gekürzt. Diese Einsparmaßnahmen betreffen in dem in Rede stehenden Kapitel insbesondere die Kürzung des Zuschusses für die Europa-Union Deutschland und Landesverband NRW sowie die Kürzung des Zuschusses für die so genannten EUREGIOS.

Ich möchte nun einige Einzelheiten hervorheben, die aus Sicht der gerade genannten politischen Prioritätensetzungen besonders wichtig sind. Ich will mich zunächst einmal auf den Bereich Europa und Benelux konzentrieren. Dort stehen insgesamt 694.800 € für 2004 bzw. 649.900 € für 2005 zur Verfügung. Zunächst möchte ich einige Maßnahmen und Projekte in Europa hervorheben. Der insgesamt vorgesehene Betrag beläuft sich auf 404.100 € für 2004 und 392.100 € für 2005. Abzüglich bereits jetzt schon feststehender Aufwendungen für den so genannten Länderbeobachter und eine institutionelle Förderung verbleiben für Maß-

nahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes - das sind drei Einzeltitel in der Vorlage - in den Jahren 2004/2005 je 202.100 €. Ich glaube, es ergibt sich von selbst, welche Maßnahmen wir mit Blick auf politische Prioritätensetzung, Erweiterung, Verfassungsprozess dabei vorsehen. Es geht natürlich um die Fortsetzung der Erweitungskampagne im Jahre 2004 für den Termin Mai 2004, also Beitritt der zehn Länder. Es geht auch um die Durchführung einer Kampagne zur neuen Verfassung für Europa, um das den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Anders lässt sich dieser komplexe politische Prozess kaum vermitteln. Wir wollen weiterhin die jährliche Europawoche sowie bestimmte Veranstaltungen und Symposien zu ausgewählten Politikbereichen im europäischen Feld durchführen, um Informationen anzubieten und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus erfordert die Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen in Brüssel auch Finanzmittel für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem gerade schon genannten pro-aktiven Ansatz, also Workshops beispielsweise zu einem Schwerpunktthema des kommenden ersten Halbjahres, nämlich Strukturpolitik nach 2006, und zu den EU-Förderprogrammen für Kommunen. Wir brauchen natürlich auch einige Mittel, um in diesem Prozess entsprechend Expertisen und Gutachten zur Verfügung zu haben, die an manchen Stellen notwendig werden.

Des Weiteren sind für die sächlichen Verwaltungsausgaben der Personalstelle für internationale Entsendungen - Titel 547 20 - für die Jahre 2004 und 2005 je 45.000 € vorgesehen, unter anderem für die Initiierung und Finanzierung von Fortbildungsveranstaltungen. Dabei handelt es sich um einen neuen Titel. Hiermit wollen wir dokumentieren, dass die Notwendigkeit erkannt worden ist, dass dieses Thema für unser Land wichtig ist. Für den Mehrbetrag, der dafür notwendig wurde, sind an anderer Stelle Kürzungen erbracht worden.

Lassen Sie mich jetzt auf einen weiteren Schwerpunkt eingehen, nämlich auf den Bereich Benelux. Für die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten, also die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sind 290.700 € für 2004 bzw. 257.800 € für 2005 vorgesehen. Das ist ein Schwerpunkt, der derzeit in einem guten Prozess ist. Damit können wir unsere Handlungsfähigkeit in diesem Feld zweifellos erhalten. Der Titel 534 30 - Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten - soll gegenüber dem Ansatz von 2003 um 68.000 € auf 102.000 € im Jahre 2004 gekürzt werden und dann aber im Wesentlichen stabil gehalten werden; es erfolgt sogar ein leichter Anstieg auf 110.000 € für 2005.

Auch bei einem geringeren finanziellen Spielraum werden wir weiterhin in der Lage sein, die Kooperationen mit den Beneluxstaaten durch eigene Initiativen entsprechend voranzubringen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, nämlich eine Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die wir gemeinsam mit den Niederlanden Ende April kommenden Jahres in Kooperation mit den entsprechenden Akteuren auf beiden Seiten ausrichten wollen.

Ich komme nun zur Förderung der grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften oder EUREGIOS - Titel 685 30 -. Dort werden wir ebenso wie in allen anderen Bereichen die institutionelle Förderung in zwei Schritten um jährlich 20 % kürzen.

Das bedeutet in Zahlen eine Kürzung von 204.600 € in 2003 auf 122.800 € in 2005. Das ist für die EUREGIOS ein schmerzhafter Einschnitt, Ich will aber dazu sagen, dass wir dies vorbereitet haben. Wir haben die Geschäftsführer der EUREGIOS in der Staatskanzlei zu einem Gespräch eingeladen und mit denen das in Ruhe diskutiert. Wir haben vernünftig vermitteln können, dass erstens keine Alternative zu dieser Kürzung besteht, und zweitens haben wir in einer erfreulich konstruktiven Art und Weise diskutieren können, dass sich die EUREGIOS in ihrer Handlungsfähigkeit dadurch nicht substantiell eingeschränkt sehen. Wir glauben, dieses Problem lösen und überbrücken zu können.

Schließlich werden wir auch die Zuschüsse zur Förderung der Beziehungen mit den Beneluxstaaten aus dem Titel 685 50 um ein Drittel auf 25.000 € kürzen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Erfahrung gemacht haben, dass man auch mit kleineren Beiträgen sehr viel Nützliches bewirken und sehr viele gute Projekte auf den Weg bringen kann.

Meine Damen und Herren, der Bereich Internationale Zusammenarbeit ist bereits in der vergangenen Woche im Hauptausschuss behandelt worden. Ich will das deshalb nur der Vollständigkeit halber kurz erwähnen, weil er ebenfalls in Kapitel 02 030 verortet ist. Der Gesamtansatz aller Titel beläuft sich hier auf 2.616.900 € für 2004 bzw. 3.308.900 € für 2005. Ein Teil der Mittel ist bereits durch Vertrag bzw. Abkommen gebunden. Des Weiteren haben wir einen Teil der Mittel für das schon genannte Deutschland-Jahr in Japan reserviert, sodass in den Jahren 2004 und 2005 für die eigentliche Arbeit in dem Bereich Internationales gut 1,7 Millionen € für 2004 bzw. gut 1,8 Millionen € für 2005 verbleiben.

Der Minister hatte dem Ausschuss im Juni ausführlich über den Stand der internationalen Zusammenarbeit der Landesregierung berichtet. Er hatte damals auch auf die entsprechende Stärke Nordrhein-Westfalens hingewiesen, was Export, Sitz von internationalen Unternehmen und die Bedeutung des Strukturwandels angeht. Ich will das nicht im Einzelnen wiederholen. Wir brauchen natürlich deshalb die Voraussetzung, dass wir auch im internationalen Sektor handlungsfähig sind, dass wir insbesondere gute regionale Beziehungen, die es ja gibt, entsprechend pflegen und ausweiten können und die Tür offen halten für die wichtigen Beziehungen und Partnerschaften, die uns weiterbringen werden.

Zur zukünftigen Ausrichtung der internationalen Arbeit der Landesregierung ist zu sagen, dass wir gegenüber dem Ansatz von 2003 die Ansätze zur Pflege der Auslandsbeziehungen und für Projektmaßnahmen für 2004 rund 1 Million € weniger vorsehen. Für den Bereich Internationales im Jahre 2005 stehen 1,8 Millionen € zur Verfügung. Diese Aufstockung gegenüber 2004 soll für besondere Schwerpunkte reserviert sein, die sich aus dem internationalen Leitbild, von dem ich gerade schon einmal gesprochen habe, entsprechend ergeben werden.

Die Staatskanzlei hat in der Staatssekretärskonferenz zu Beginn des Monats Mai dieses Jahres entsprechende Überlegungen vorgetragen, um einen Orientierungsrahmen zu erarbeiten. Wir haben dann auch einen entsprechenden Beschluss gefasst und werden in Kürze das Leitbild für die internationale Ausrichtung der Landesregierung unter Federführung der Staatskanzlei und natürlich in enger Ab-

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
32. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
rt-ke

stimmung mit allen Ressorts vorlegen. Vermutlich wird das noch Ende dieses Jahres durch das Kabinett gehen, sodass auch da noch einmal eine Konzentration der politischen Prioritäten vonstatten gehen kann, die sich natürlich auch auf den Einsatz der Mittel entsprechend auswirken wird. - Vielen Dank.

Dr. Stefan Berger (CDU) ist interessiert zu erfahren, was konkret in den Kapiteln 534 10, 534 20 und 534 30, also Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit, Pflege von Auslandsbeziehungen des Landes und die Beneluxkooperation, gekürzt werden solle. Hierüber gebe der Erläuterungsbericht keine ausreichende Information.

Bezüglich des Titels 687 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland - stelle sich die Frage, welche konkreten Projekte sich dahinter verbürgen. Eine konkrete Zuordnung sei nur schwer möglich. Dies gelte im Übrigen für den gesamten Bereich Internationale Angelegenheiten.

Der Abgeordnete erbittet nähere Auskünfte zum Deutschland-Jahr in Japan.

Wenn man mit Mittelständlern rede, die Mittel der Europäischen Union beantragten, dann falle auf, dass die Kofinanzierung des Landes nicht gewährleistet sei. Der Abgeordnete fragt, wie zukünftig sichergestellt werden solle, dass alle EU-Mittel, die man abrufen könne, in den Jahren 2004 und 2005 auch abgerufen werden könnten.

Der Abgeordnete sagt, dass die Antworten in der nächsten Sitzung gegeben werden könnten.

Dietmar Brockes (FDP) bittet darum, dem Ausschuss den Sprechzettel zur Verfügung zu stellen.

StS'in Dr. Miriam Meckel (StK) lässt verlauten:

Den Sprechzettel können Sie sofort bekommen.

Die Antworten werden wir Ihnen für die nächste Woche als Information vorbereiten. Was die Kofinanzierung angeht, sind wir ein wenig auf die Rückmeldung aus den einzelnen Ressorts angewiesen.

Ich möchte noch einige Worte zum Deutschland-Jahr in Japan sagen. Wir sind natürlich noch sehr früh, denn wir reden über das Jahr 2005. Aber wir sind in den ersten Vorbereitungen, um zu sehen, was die Ressorts aus ihrer Kernkompetenz heraus gerne anbieten möchten. Wir sind in entsprechendem Kontakt mit dem japanischen Generalkonsulat und der GfW, die ja in Japan entsprechende Kompetenzen hat. Ich gehe davon aus, dass wir das im ersten Quartal 2004 vorliegen haben. Dann könnte das hier entsprechend vorgestellt werden.

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, dass nun Frau Staatssekretärin Friedrich in den Einzelplan 10 - Ministerium für Umweltschutz und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - einführen werde.

StS'in Christiane Friedrich (MUNLV) trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ihnen liegt die Rede der Ministerin, die Darstellung dessen, was in anderen Ressorts für die Eine-Welt-Politik zur Verfügung steht, sowie die Kommentierung unseres Haushaltsplans vor. Lassen Sie mich auf einen Punkt etwas ausführlicher eingehen, nämlich auf den scheinbaren Widerspruch, dass wir im nächsten Haushaltsjahr mehr zur Verfügung haben als im letzten Haushaltsjahr.

Was die reinen Zahlen betrifft, sieht es Folgendermaßen aus: Für die Eine-Welt-Politik sind im Einzelplan 10 insgesamt 6,793 Millionen € für 2004 bzw. 6,688 Millionen € für 2005 etatisiert. Das sind in 2004 1,278 Millionen € mehr als im Haushaltsjahr 2003. Dieses geht einzig darauf zurück, dass die Pauschalzuweisungen aus den GFG-Mitteln an die Gemeinden in Höhe von 1,5 Millionen €, die bisher mit 3,78 Millionen € beim IM etatisiert waren, jetzt auf unser Haus gegangen sind. Wir sind nun in der Erarbeitung, nach welchen Richtlinien diese Mittel an die Kommunen, die in der Eine-Welt-Politik arbeiten, weitergegeben werden können. Ich kann Ihnen noch nicht sagen, wie viel das für die einzelnen Kommunen bedeuten wird, weil wir noch dabei sind, die Informationen zusammenzutragen. Bisher war es so, dass jede Kommune pauschal dieses Geld erhalten hat. Der eine oder andere weiß aber, dass dieses Geld nicht unbedingt für diese Aufgabe ausgegeben wurde. Aus dem Grunde sind wir jetzt sehr daran interessiert, Richtlinien aufzustellen, die ermöglichen, zielgerichtet den Kommunen, die in diesem Bereich nachweisbar arbeiten, diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gabriele Sikora (SPD) bittet darum, dem Ausschuss den Richtlinienentwurf vorzulegen, um eventuelle Schwerpunkte, von denen man meine, dass sie Berücksichtigung finden müssten, anzuregen.

Dr. Stefan Berger (CDU) führt aus, es sei klar gewesen, dass bezüglich der pauschalen Zuweisung der GFG-Mittel an die Kommunen eine Änderung erfolgen müsse. Der Abgeordnete bittet darum, das genaue Konzept dem Ausschuss vorzustellen. Er würde es begrüßen, wenn dies noch vor Verabschiedung des Haushaltsplanes geschehe.

StS'in Christiane Friedrich (MUNLV) antwortet:

Die Eckpunkte, wie wir uns vorstellen, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Kommunen, die in diesem Bereich aktiv arbeiten, dieses Geld zur Verfügung gestellt bekommen, geben wir Ihnen gerne zur Kenntnis. Ich kann Ihnen aber nicht zusagen, dass wir das vor Verabschiedung des Haushaltsplanes schaffen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir sind zurzeit sehr damit beschäftigt, die Erfahrungen der einzelnen Kommunen zusammenzutragen und zu systematisieren, um daraus gewisse Patterns zu erarbeiten, die man als Grundlage nehmen kann. Es geht uns ja darum, einerseits den breiten Fächer zu erhalten und andererseits Eine-Welt-spezifisch dieses Geld zur Verfügung zu stellen. Ich habe nicht die Man- und Womanpower, dass ich zusagen könnte, dieses bis zum 7. Januar nächsten Jahres fertig zu haben.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

2 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/4558

Bericht der Landesregierung

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, dieses Thema sei bereits mehrfach im Ausschuss diskutiert worden. Unter anderem sei hierzu eine Anhörung durchgeführt und ein Antrag beschlossen worden. Der nunmehr vorliegende Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen nehme Bezug auf das Grünbuch der Kommission "Dienstleistung von allgemeinem Interesse", das die Kommission im Mai 2003 vorgelegt habe. Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik sei im Plenum am 13. November 2003 mit der abschließenden Beratung und Abstimmung im Ausschuss beauftragt worden. Da die Beratungen in den mitberatenden Ausschüssen noch nicht stattgefunden hätten, bleibe zurzeit nur Gelegenheit für eine allgemeine Diskussion. Ihres Wissens habe der Ausschuss der Regionen anlässlich seiner Plenarsitzungen am 19. und 20. November 2003 in Brüssel hierzu eine Stellungnahme abgegeben. Auch im Europäischen Parlament werde ein Initiativbericht des Abgeordneten Philippe Herzog am 16. Dezember verabschiedet werden. Die Debatte im Plenum des Europäischen Parlamentes sei für den 14. Januar 2004 vorgesehen. Im Übrigen sei zu lesen gewesen, dass die stellvertretende Kabinettschefin von Romano Prodi erklärt habe, dass im Frühjahr 2004 mit einem Weißbuch über die Dienste von allgemeinem Interesse zu rechnen sei.

StS'in Dr. Miriam Meckel (StK) führt aus:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir sind dankbar für diesen Antrag, weil damit auch im Landtag eine Debatte darüber stattfinden kann. Ich glaube, es ist klar, um welche Grundsatzfragen es geht, nämlich zum einen um das Spannungsverhältnis zwischen Gemeinwohlverpflichtung und privatem Wettbewerb und zum anderen um die Arbeitsteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Ich muss Ihnen sicherlich nicht die einzelnen Positionen durchdeklinieren, da Herr Minister Kuschke das bereits im Ausschuss umfänglich getan hat, sodass ich gleich auf den bisherigen Verhandlungsverlauf der Regierungskonferenz eingehen will.

Aus unserer Sicht wird es nicht mehr möglich sein, die Rahmenkompetenz der Europäischen Union in Artikel III-6 zu streichen. Das wäre unsere Vorstellung gewesen. Danach sieht es allerdings im Moment nicht aus. Hier stehen leider die französischen Interessen vor. Wir haben allerdings nicht geruht, sondern Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit Baden-Württemberg über die Vertreter der Länder in der Regierungskonferenz den Bund in einem gemeinsamen Brief gebeten, sich, wenn denn schon die Streichung nicht gelingt, wenigstens für eine Präzisierung dieser Vorschrift einzusetzen. Dabei sollte aus unserer Sicht klargestellt werden,